

Sitzung vom 19. Mai 1999

943. Anfrage (Beitrag aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke zur Erschliessung des Archivs des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes)

Kantonsrat Dr. Christoph Mörgeli, Stäfa, hat am 12. April 1999 folgende Anfrage eingereicht:

Der Regierungsrat hat beschlossen, der Stiftung Jüdische Zeitgeschichte 300000 Franken aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke auszurichten. Damit soll unter anderem das Archiv des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes erschlossen werden. In diesem Zusammenhang unterbreite ich dem Regierungsrat die folgenden Fragen:

1. War dem Regierungsrat zum Zeitpunkt der Ausrichtung von 300000 Franken bekannt, dass das von ihm mit öffentlichen Mitteln unterstützte Archiv nicht öffentlich zugänglich ist und somit der historischen Forschung nicht zur Verfügung steht?
2. Hat der Regierungsrat die Bezahlung von 300000 Franken aus öffentlichen Mitteln mit der Bedingung verknüpft, dass die historischen Bestände des von ihm unterstützten Archivs in Zukunft für die Öffentlichkeit zugänglich sind?
3. Ist der Regierungsrat – falls dies nicht der Fall sein sollte – bereit, die finanzielle Unterstützung des Archivs des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes von einer künftigen möglichen öffentlichen Benützung der historischen Bestände dieses Archivs abhängig zu machen?

Tatsächlich kommt dem Archiv des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes für die historische Forschung grösste Bedeutung zu, nicht zuletzt zur Klärung von Fragen der Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs und der Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen Ämtern von Bund und Kantonen mit der Spitze des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Am 26. Mai 1997 ersuchte ich als interessierter Historiker beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) um Einsicht in die Protokolle des SIG-Zentralkomitees der Jahre 1933 bis 1945. SIG-Generalsekretär Martin Rosenfeld verweigerte mir aber mit Schreiben vom 27. Mai 1997 namens des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes diese Akteneinsicht mit dem Hinweis, das Archiv sei «nicht öffentlich zugänglich». Dies hat mich umso mehr überrascht, als gerade der Schweizerische Israelitische Gemeindebund wiederholt die lückenlose historische Aufarbeitung der schweizerischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg gefordert hat.

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Dr. Christoph Mörgeli, Stäfa, wird wie folgt beantwortet:

An der ETH Zürich besteht – integriert in das Archiv für Zeitgeschichte (AfZ) – seit 1995 eine Dokumentationsstelle Jüdische Zeitgeschichte. Thematisch bearbeitet sie die folgenden Bereiche: Judenverfolgung, Holocaust, Emigration, Schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Geschichte der Juden in der Schweiz. Zum Wahrnehmen ihrer Aufgaben benötigt sie erhebliche personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen.

Die Dokumentationsstelle wird getragen von der Stiftung Jüdische Zeitgeschichte, die 1995 von der ETH Zürich und vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) ins Leben gerufen wurde und sich für die Sicherung und Erschliessung historischer Quellen in der Schweiz einsetzt. Für den Ausbau und den Betrieb der Dokumentationsstelle leisten ETH, Sponsoren und jüdische Stiftungen erhebliche Beiträge.

Mit Beschluss vom 26. April 1991 gewährte der Regierungsrat dem AfZ einen Starthilfebeitrag von Fr. 250000 an die Errichtung der Dokumentationsstelle aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke.

Da in früheren Jahren ein spezialisiertes Archiv fehlte, gingen der Schweiz wichtige Privatakten von jüdischen Institutionen verloren; sie wurden im Ausland archiviert.

Seit Anfang der Neunzigerjahre ist der SIG bestrebt, seine historischen Archive der Forschung zugänglich zu machen. Diese bestehen aus dem Dokumentationsarchiv der Jüdischen Nachrichten (JUNA-Archiv) und dem historischen Geschäftsarchiv des SIG. Beide

umfangreichen Archive waren zum grössten Teil in Kellerräumlichkeiten eingelagert und mussten neu untergebracht, geordnet und erschlossen werden.

Um das JUNA-Archiv öffentlich zugänglich machen zu können, wurde es vom SIG 1993/94 dem AfZ übergeben; seit fünf Jahren wird es dort von der historischen Forschung rege benutzt.

Die Übergabe des historischen Geschäftsarchivs des SIG erfolgte im September 1998; es wird durch das AfZ im Rahmen eines zweijährigen Projektes erschlossen und für die historische Forschung zugänglich gemacht. Zu diesem Geschäftsarchiv gehören auch die in der Anfrage erwähnten Protokolle des SIG-Zentralkomitees aus den Jahren 1933 bis 1945, die seit der Übergabe für wissenschaftliche Forschungszwecke bereits benutzbar sind.

Folglich waren die Protokolle des SIG-Zentralkomitees der Jahre 1933 bis 1945 im Mai 1997 noch nicht Bestandteil des Archivs für Zeitgeschichte bzw. der Dokumentationsstelle Jüdische Zeitgeschichte.

Der mit Beschluss vom 22. März 1999 gewährte Beitrag von Fr. 300000 aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke dient der Zielsetzung, die bisher kaum zugänglichen und in ihrem Erhaltungszustand teilweise gefährdeten Archive des SIG langfristig zu sichern und am Standort Zürich für die historische Forschung fruchtbar zu machen. Die Benutzung ist für wissenschaftliche Zwecke frei und erfolgt gemäss Depotvertrag und Archivreglement auf schriftliches Gesuch hin unter Beachtung der Sperrfrist von 30 Jahren und des Datenschutzes.

Somit steht dem Fragesteller heute die Möglichkeit offen, die Dokumentationsstelle Jüdische Zeitgeschichte um Akteneinsicht zu ersuchen.

Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass der Fonds für gemeinnützige Zwecke mit Lotteriegewinnen, nicht aber mit öffentlichen Geldern gespeist wird.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Finanzdirektion

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi